

---

A	STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE .....	2
A.1	Landratsamt Sigmaringen - Umwelt und Arbeitsschutz.....	2
A.2	Landratsamt Sigmaringen - Forst .....	5
A.3	Landratsamt Sigmaringen - Recht und Ordnung .....	6
A.4	Landratsamt Sigmaringen - Vermessung und Flurneuordnung.....	8
B	KEINE BEDENKEN UND ANREGUNGEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE .....	9
B.1	Landratsamt Sigmaringen - Landwirtschaft .....	9
B.2	Landratsamt Sigmaringen - Straßenbau.....	9
C	PRIVATE STELLUNGNAHMEN VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN .....	9

## A STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
<b>A.1</b>	<b>Landratsamt Sigmaringen - Umwelt und Arbeitsschutz</b> (Schreiben vom 16.03.2020)	
A.1.1	Dem Bebauungsplan wird unter Beachtung folgender Auflagen und Hinweise zugestimmt. Umweltrechtliche Vorgaben können durch Einhaltung der u. g. Auflagen überwunden werden.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.1.2	<b>WASSERRECHT</b>	
A.1.2.1	<b><u>Wasserversorgung</u></b> Die Trinkwasserversorgung kann durch den Anschluss an das örtliche Versorgungsnetz realisiert werden.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.1.2.2	<b><u>Abwasserbeseitigung</u></b> <u>Kommunales Abwasser</u> Die Änderungen in den vorliegenden Unterlagen berühren den Bereich Abwasser nicht. <u>Hinweis:</u> Es gelten in Bezug auf die Beseitigung des Niederschlagswassers die Nebenbestimmungen der wasserrechtlichen Erlaubnis vom 08.04.2019 (AZ. IV/41.1-701.43 Ma).	Dies wird berücksichtigt. Es wird ein Hinweis auf die wasserrechtliche Erlaubnis vom 08.04.2019 in den Bauvorschriften ergänzt.
A.1.2.3	<b><u>Grundwasserschutz</u></b> Das Plangebiet befindet sich im WSG „Jettkofen“, Zone IIIB. Die Festlegungen der RVO sind zu beachten. Die Nutzung von Erdwärme zu Heiz- oder Kühlzwecken (Erdwärmesonden, Grundwasserpumpen bzw. Grabenkollektoren) ist unter gewissen Umständen und ggf. einzuhaltenden Auflagen möglich.	Dies wurde bereits durch einen Hinweis in den Bauvorschriften berücksichtigt.
A.1.3	<b>ABFALL</b>	
A.1.3.1	<u>Hinweis:</u> Anfallende Bauabfälle, Bauschutt und Abbruchmaterial müssen getrennt gesammelt und einer Verwertung zugeführt bzw. als Abfall entsorgt werden. Bei der Verwertung von mineralischen Reststoffen sind die Anforderungen der Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums für die Verwertung von als Abfall eingestuftem Bodenmaterial vom 14.03.2007 bzw. die vorläufigen Hinweise	Dies wurde bereits durch einen Hinweis in den Bauvorschriften berücksichtigt.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial des damaligen Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg vom 13.04.2004 einzuhalten.</p> <p>Bei der Verwertung von humosem Bodenmaterial in der durchwurzelbaren Bodenschicht oder als Oberboden ist die Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) anzuwenden.</p>	
A.1.4	<b>IMMISSIONSSCHUTZ</b>	
A.1.4.1	<p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde die Geruchsproblematik im Zusammenhang mit der Pferdepension Knoll durch den Fachbereich Landwirtschaft bzw. das Regierungspräsidium Tübingen überprüft. Im Ergebnis wird das geplante Baugebiet auch unter vorausschauender Berücksichtigung gesetzlicher Entwicklungen hinsichtlich Geruchsimmissionen seitens der Fachbehörden für genehmigungsfähig eingestuft.</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.1.4.2	<p>Bezüglich Lärm ist dem Schutzbedürfnis des geplanten allgemeinen Wohngebiets Rechnung zu tragen. Die schalltechnischen Orientierungswerte nach dem Beiblatt 1 der DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“ bzw. die Immissionsrichtwerte nach TA-Lärm betragen 55 dB(A) tags und 40 dB(A) nachts. Einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen dürfen die Immissionsrichtwerte am Tage um nicht mehr als 30 dB(A) und in der Nacht um nicht mehr als 20 dB(A) überschreiten.</p>	Dies wird im Rahmen der Baugenehmigung und Bauausführung berücksichtigt.
A.1.4.3	<p>Hinweise zum Lärmschutz beim Betrieb stationärer Geräte (Wärmepumpen, Klimaanlagen usw.) wurden in den Textteil aufgenommen, was seitens der Immissionsschutzbehörde sehr begrüßt wird. Der genannte Link ist allerdings fehlerhaft. Anbei der richtige Link:</p> <p><a href="https://www.lai-immissionschutz.de/documents/leitfaden_1503575952.pdf">https://www.lai-immissionschutz.de/documents/leitfaden_1503575952.pdf</a></p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis zum Lärmschutz beim Betrieb stationärer Geräte (Wärmepumpen, Klimaanlagen usw.) wird um den richtigen Link ergänzt.</p>
A.1.4.4	<p>Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Planung.</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.1.5	<b>NATURSCHUTZ</b>	
A.1.5.1	<p>Die eingereichten Unterlagen zur Beurteilung der Bauleitplanung sind vollständig.</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>Es handelt sich um ein beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB. Im beschleunigten Verfahren ist gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB keine Umweltprüfung durchzuführen und kein Umweltbericht zu erstellen. Zudem ist gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB die naturschutzrechtliche Eingriffs-/ Ausgleichsregelung nicht anzuwenden.</p>	
A.1.5.2	<p>Im Zuge der 1. Änderung des Bebauungsplans "Eschle II" werden unter anderem die Baugrenzen größer gefasst. Auch im westlichen Bereich, in nächster Nähe zu dem gesetzlich geschützten Biotop „Haselhecke westlich von Ostrach“ (Biotop NR. 180224371025) wird die Baugrenze verändert und grenzt nun direkt an die Fläche F1 an, welche als Pufferstreifen (3 m breit) zur geschützten Feldhecke und dem Erhalt der biologischen Vielfalt und des Nahrungsangebotes für Insekten (Bienen), Vögel und Fledermäuse sowie des freien Transferraumes (Fledermäuse) dient. Aus naturschutzfachlicher Sicht wäre es wünschenswert, wenn zwischen Baugrenze und geschütztem Biotop ein Abstand von mindestens 5 m bzw. ein Abstand von mind. 2 m zwischen der Baugrenze und der Fläche F1 festgesetzt werden würde.</p>	<p>Dies wird nicht berücksichtigt.</p> <p>Die westlich an das Plangebiet angrenzende, gesetzlich geschützte Feldhecke bleibt erhalten. Wie in der Umweltanalyse beschrieben, ist sie während der Bauphase zu schützen. Ein vorgelagerter Krautsaum als Pufferstreifen zum Biotop vom 3 m Breite ist dauerhaft zu erhalten. Die dafür festgesetzte Fläche F1 wird als 3 m breiter Pufferstreifen zum westlich angrenzenden Biotop ausgebildet. Die Privaten Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Krautsaum“ sind gärtnerisch zu pflegen und zu erhalten. Sie dienen dem Schutz und Erhalt der westlich angrenzenden gesetzlich geschützten Feldhecke. Eine Bebauung der Fläche mit Nebenanlagen, Garagen, Carports oder Stellplätzen ist nicht zulässig. Der artenreiche Krautsaum dient als Puffer zur geschützten Feldhecke und dem Erhalt der biologischen Vielfalt und des Nahrungsangebotes für Insekten (Bienen), Vögel und Fledermäuse sowie des freien Transferraumes (Fledermäuse). Die überbaubaren Grundstücksflächen (Baufenster) wurden durch Baugrenzen so festgesetzt, dass eine effiziente, flächensparende Ausnutzung der Baugrundstücke möglich ist, die den Bauherren noch Spielräume in der Detailplanung offen lässt. Grundsätzlich soll durch die Baufenster eine harmonische Gebäudeflucht im Plangebiet erreicht werden. Dementsprechend wurde ein einheitlicher Abstand von der jeweiligen Erschließungsstraße sowie von den Grenzen des Plangebiets festgesetzt. Aus Sicht der Gemeinde ist ein weiterer Abstand zwischen Baugrenzen und der Fläche F1 nicht erforderlich, da durch einen 3m breiten Pufferstreifen zum westlich angrenzenden Biotop ein ausreichender Biotopschutz gewährleistet ist.</p>
A.1.5.3	<p>Des Weiteren verweisen wir auf die Stellungnahme des Naturschutzes vom 18.04.2019 zum Bebauungsplan "Eschle II" und auf die entsprechenden Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen der Umweltanalyse des Büros 356° freiraum + umwelt vom Februar 2019.</p>	<p>Diese Anregungen wurden bereits in den Festsetzungen bzw. den Hinweise des rechtskräftigen Bebauungsplans „Eschle II“ berücksichtigt. Diesbezüglich haben sich keine Änderungen des Bebauungsplans ergeben.</p>
A.1.5.4	<p><u>Hinweise:</u> Aufgrund von höchstrichterlicher Ent-</p>	<p>Der vorliegende Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB geändert. Die</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>scheidung (VGH Mannheim, Urteil vom 12.06.2012, Nr. 8 S 1337/10, bestätigt durch das Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 18.07.2012, Nr. 4 CN 3.12) sind folgende Positionen im Bauleitplanverfahren zu beachten: § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB verpflichtet die Gemeinden, die in den vorgenannten Stellungnahmen und Unterlagen behandelten Umweltthemen nach Themenblöcken zusammenzufassen und diese in der Auslegungsbekanntmachung schlagwortartig zu charakterisieren. Erforderlich ist eine Kurzfassung der vorhandenen Informationen. Das Bekanntmachungserfordernis erstreckt sich auch auf solche Arten verfügbarer Umweltinformationen, die in Stellungnahmen enthalten sind, die die Gemeinde für unwesentlich halten und deshalb nicht auszulegen beabsichtigt. Verstöße gegen § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB führen zur Unwirksamkeit des Bebauungsplanes. Ein pauschaler Hinweis auf den anhängenden Umweltbericht sowie eine bloße Auflistung der umweltbezogenen Stellungnahmen genügt diesen Anforderungen nicht. Nach Auffassung der Rechtsprechung ist die zu planende Gemeinde auf der „sicheren Seite“, wenn der Bekanntmachungstext einen zwar stichwortartigen aber vollständigen Überblick über diejenigen Umweltbelange ermöglicht, die aus der Sicht der zum Zeitpunkt der Auslegung vorliegenden Stellungnahmen und Unterlagen in der betreffenden Planung eine Rolle spielen. Die Pflicht einer schlagwortartigen Zusammenfassung und Charakterisierung von Umweltinformationen gilt nur im Regelverfahren. Im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und im beschleunigten Verfahren nach §§ 13a und 13b BauGB, in denen von Umweltprüfung und Umweltbericht abgesehen wird, entfällt auch die Pflicht zur Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind.</p>	<p>Pflicht einer schlagwortartigen Zusammenfassung und Charakterisierung von Umweltinformationen gilt nur im Regelverfahren. Im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und im beschleunigten Verfahren, in denen von Umweltprüfung und Umweltbericht abgesehen wird, entfällt auch die Pflicht zur Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind.</p>
<b>A.2</b>	<b>Landratsamt Sigmaringen - Forst</b> (Schreiben vom 16.03.2020)	
A.2.1	Wald wird nicht (mehr) direkt in Anspruch genommen. Der Waldabstand zur Bebauung bleibt mit 25m unter der Vorgabe des §4 LBO. Mit Schreiben des Fachbereichs Forst vom 20.12.2018 wurden die	Nach Abstimmung mit der Unteren Forstbehörde des Landratsamts Sigmaringen kann durch eine dauerhafte Gestaltung des Waldrandes der Waldabstand auf 25 m reduziert werden. Da die Gemeinde Eigentümerin eines wesentlichen Teils der

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>Voraussetzungen aus forstfachlicher Sicht für die Unterschreitung des Waldabstands bereits benannt. Demnach sollte der Waldbesitzer die Fichten des Wäldchens beseitigen und einen naturnahen Waldrand mit Kraut- und Strauchsaum und nachfolgend mit Bäumen zweiter Ordnung wie Feldahorn Kirsche und Vogelbeere begründen. Damit kann die Gefährdung der Gebäude durch umstürzende Bäume verringert werden.</p>	<p>Fläche ist sowie Vereinbarungen mit den weiteren Waldbesitzern getroffen wurden, ist die Vereinbarkeit mit § 4 (3) LBO sichergestellt.</p>
<b>A.3</b>	<p><b>Landratsamt Sigmaringen - Recht und Ordnung</b>          (Schreiben vom 16.03.2020)</p>	
A.3.1	<p><u><b>Kreispolizeibehörde</b></u>          - Nicht betroffen</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
A.3.2	<p><u><b>Straßenverkehrsbehörde</b></u></p>	
A.3.2.1	<p>Der vorliegende Entwurf des Bebauungsplanes enthält in verkehrlicher Hinsicht Rückschritte zur Version von März 2019, bzw. geht nicht auf Anregungen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit ein, weshalb wir wieder/ weiterhin folgende Änderungen fordern:</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
A.3.2.2	<p>Die neuen Erschließungsstraßen sollten neben einer 4,50 m bis 5,50 m breiten Fahrbahn (Tabelle 7 in Ziffer 6.1.1.2 der RAST 06) durchgängig einen einseitigen, mindestens 1,50 m breiten Gehweg besitzen. Eine 5,80 m breite Fahrbahn ohne Gehweg - wie vorgesehen - stellt für Fußgänger ein deutliches Sicherheitsdefizit dar, da die Geschwindigkeiten der Fahrzeuge tendenziell höher sind und kein Schutzraum für Fußgänger gegeben ist. Spätestens im Rahmen der Schulwegplanung wird von Eltern immer wieder die Forderung nach einem Gehweg laut, der wir uns schon im jetzigen Planungsstadium anschließen wollen.          Die evtl. angedachte Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs im kompletten Plangebiet ist angesichts der Ausdehnung in Süd-Nord-Richtung (&gt; 200 m) nach Auffassung des Verkehrsministeriums grundsätzlich nicht möglich und fände auch keine Akzeptanz, müsste doch auf der gesamten Länge mit Schrittgeschwindigkeit gefahren werden.</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Der Verkehrsraum der Kardinal-Lehmann-Straße und des Kammerer-Moser-Weges wurde mit einer ausreichenden lichten Fahrbreite von 5,55 m für einen Begegnungsverkehr LKW / PKW nach RAST 06 bemessen. Die Fahrbreite der Stichstraßen mit 4,75m im Lichten wurde in Abstimmung mit der Gemeinde Ostrach für einen Begegnungsverkehr PKW / PKW nach RAST 06 bemessen.</p> <p>Entlang der künftigen Kardinal-Lehmann-Straße wird ein Gehweg mit einer lichten Breite von 1,25 m vorgesehen. Der bestehende Wirtschaftsweg wird zum Geh- und Radweg / Wirtschaftsweg mit einer lichten Gesamtfahrbahnbreite von ca. 3,0 m ausgebaut. Dieser dient zudem als fußläufige Verbindung zum Reinhold-Frank-Schulzentrum. Das Separationsprinzip wird gemäß dem Merkblatt der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen zur Verkehrsberuhigung im Bereich an der Kardinal-Lehmann-Straße eingehalten. Hier ist zunächst eine Querschnittsaufteilung in Fahrbahn und Gehweg mit Hochbord vorgesehen. Durch Fortführung des Gehwegs als Geh- und Radweg wird auch eine fußläufige Anbindung an die Friedhofstraße gewährleistet.</p> <p>In den Bereichen des Kammerer-Moser-Wegs sowie der weiteren Stichstraßen ist ein sehr geringes Verkehrsaufkommen zu erwarten. Hier wird ein</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
		zusätzlicher Gehweg mit Hochbord für nicht notwendig erachtet.
A.3.2.3	Dem Konzept der Planung nach sind die beiden Wendeplatten nur für den Wendekreis von Pkw dimensioniert. Dies hätte zur Folge, dass größere Ver- und Entsorgungsfahrzeuge (z.B. Paketdienste, Tankfahrzeuge, Müllabfuhr) rangieren und/ oder rückwärts fahren müssten, was zu Gefährdungen der schwächeren Verkehrsteilnehmer, namentlich Kindern in ihrer Freizeit, führen könnte. Die Wendeplatte sollte deshalb zumindest so bemessen werden, dass Fahrzeuge in „Sprinter“-Größe in einem Zug wenden können.	<p>Dies wird zum Teil berücksichtigt.</p> <p>In der künftigen Kardinal-Lehmann-Straße werden zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Andienung und Versorgung (z.B. durch Müllabfuhr) der Stichstraßen zwei Müllabstellplätze mit ausreichenden Abmessungen vorgesehen. Die Kardinal-Lehmann-Straße und der Kammerer-Moser-Weg wurden mit ausreichender Breite zur Andienung und Versorgung sowie zur Wendemöglichkeit (z.B. Rangieren für Feuerwehr, Rettungsdienst etc.) vorgesehen.</p> <p>Die zwei Stichstraßen, die mit Wendeplatten bzw. –hämmer als Wendemöglichkeit für Pkw konzipiert sind, sind nach Auffassung der Gemeinde ausreichend. Das Erfordernis einer Einweisung rückwärtsfahrender Großfahrzeuge wird für vertretbar erachtet. Es wird eine entsprechende Beschilderung (Verkehrszeichen „Sackgasse“) angebracht.</p>
A.3.2.4	Auch im Wohngebietsteil WA 1 sollten Garagen und Carports zur öffentlichen Verkehrsfläche, senkrecht vor der Einfahrt gemessen, einen Mindestabstand von 5 m einhalten. Ziffer 1.7.1 der Bebauungsvorschriften, die lediglich deren Errichtung innerhalb des Baufensters (Abstand zur Straße 2,50 m) vorschreibt, erscheint uns nicht ausreichend und sollte deshalb um diesen Passus ergänzt werden.	<p>Dies wurde bereits berücksichtigt.</p> <p>Unter Ziffer 1.7.3 der Bebauungsvorschriften ist bereits geregelt, dass Garagen und Carports zur öffentlichen Verkehrsfläche, senkrecht vor der Einfahrt gemessen, einen Mindestabstand von 5 m einhalten müssen. Dies gilt aufgrund der Tatsache, dass keine explizite Beschränkung dieser Festsetzung auf WA 1 oder WA 2 festgeschrieben ist, für das WA 1 und WA 2 gleichermaßen. Dieser Sachverhalt wird in der Begründung unter Ziffer 3.5 klargestellt.</p>
A.3.2.5	Um eine widerrechtliche Nutzung des zukünftigen Geh- und Radwegs zwischen Friedhofstraße und ersten Quer-Erschließungsstraßen zu vermeiden, sollte dieser Weg auf 3 m Breite zurückgebaut werden. Zur Klarstellung der Unterordnung dieses Weges sollte er am südlichen und nördlichen Ende mittels eines abgesenkten Bordsteins (max. 2 cm) zu den Fahrbahnen abgegrenzt werden.	<p>Dies wird im Rahmen der Bauausführung berücksichtigt.</p> <p>Zur Klarstellung der Unterordnung dieses Weges wird er am südlichen und nördlichen Ende mittels eines abgesenkten Bordsteins (max. 2 cm) zu den Fahrbahnen abgegrenzt.</p>
A.3.2.6	Auch innerhalb des Baugebietes sind an Einmündungen die erforderlichen Sichtdreiecke von 3/ 70 Meter (bei einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h) bzw. von 3/ 30 Meter (bei einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h) zwischen 0,80 und 2,50 Metern von ständigen Sichthindernissen, parkenden Fahrzeugen und sichtbehinderndem Bewuchs freizuhalten. Dies ist auch hinsicht-	Dies wurde bereits durch einen Hinweis in den Bebauungsvorschriften berücksichtigt.

<b>Nr.</b>	<b>Stellungnahmen von</b>	<b>Beschlussvorschlag</b>
	lich der geplanten Flächen für Abfallsammelbehälter zu berücksichtigen.	
A.3.2.7	Verkehrszeichen sowie deren Standort müssen durch die untere Verkehrsbehörde angeordnet werden. Wir bitten Sie dies zu beachten und rechtzeitig vor Freigabe des Straßenbereichs für den öffentlichen Verkehr die Maßnahmen mit der unteren Straßenverkehrsbehörde abzustimmen.	Dies wird berücksichtigt.  Die Maßnahmen werden vor Freigabe des Straßenbereichs für den öffentlichen Verkehr mit der unteren Straßenverkehrsbehörde abgestimmt.
A.3.3	Im Übrigen verweisen wir auf unsere letzten Stellungnahmen von November 2018 und April 2019.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
<b>A.4</b>	<b>Landratsamt Sigmaringen - Vermessung und Flurneuordnung</b> (Schreiben vom 16.03.2020)	
A.4.1	Die Belange der unteren Vermessungsbehörde sind nicht betroffen.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.4.2	Dies ist eine koordinierte Stellungnahme der vorgenannten Fachbereiche. Die Angaben wurden auf Plausibilität geprüft. Eine vorweggezogene Abwägung hat nicht stattgefunden. Eine Abarbeitung und Abwägung im kommunalen Gremium ist zu jeder einzelnen Position notwendig. Ich darf Sie bitten, nach Beratung der öffentlich-rechtlichen Belange dem Fachbereich Baurecht und dem Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz in jedem Fall je ein Abwägungsprotokoll zu übersenden.	Dies wird berücksichtigt.  Nach Beratung der öffentlich-rechtlichen Belange wird ein Abwägungsprotokoll übersandt.



**B KEINE BEDENKEN UND ANREGUNGEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE**

<b>B.1</b>	<b>Landratsamt Sigmaringen - Landwirtschaft</b> (Schreiben vom 16.03.2020)
<b>B.2</b>	<b>Landratsamt Sigmaringen - Straßenbau</b> (Schreiben vom 16.,03.32020)

**C PRIVATE STELLUNGNAHMEN VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN**

Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern sind nicht eingegangen.